

Fight the Power – Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft

Der momentane gesellschaftliche Gesamtzustand ist Ausdruck einer Entwicklung, die bereits seit einigen Jahren in vollem Gange ist: In Deutschland, Europa und auch anderswo braut sich ein gefährliches Gemisch aus Autoritarismus, aggressivem Neoliberalismus und offen zu Tage tretendem Faschismus zusammen. Durch wirtschaftliche Krisen gewachsene Ängste treiben die gesamtgesellschaftliche Entsolidarisierung mal wieder in einem drastischen Tempo voran. Egal ob es sich um enthemmte Gewalt gegenüber Geflüchteten, die Ausgrenzung anderer marginalisierter Gruppen oder um Rachegeleüste an linken Demonstrierenden wie beispielsweise im Nachgang des G20 Gipfels handelt: Der Hass auf alles, was anders ist und nicht ins Bild eines „starken Nationalstaates“ passt, wächst und entlädt sich immer unverfrorener.

Rechtsruck und Entsolidarisierung

In diesem Klima ist es kaum verwunderlich, dass einer Partei wie der AfD mit fast 13 Prozent der Einzug in den Bundestag gelingt. Was vor fünf Jahren noch als übertriebenes oder gar unmögliches Hirngespinnst linker „Spinner“ kleingeredet wurde, ist nun bittere Realität: Ob den Holocaust relativierende „Nationalkonservative“, ausländerhassende Hooligans oder plumpe Alltagsrassist*innen, all jenes findet man nun im Reichstagsgebäude der Hauptstadt.

Doch als wäre ein solcher Zustand nicht schon schlimm genug: Anstatt dem direkten Weg in die Barbarei etwas entgegenzusetzen, überschlagen sich seit den ersten Erfolgen der AfD, trotz der Präsenz emanzipatorischer Kräfte innerhalb einiger Parteien, auch Akteur*innen der „etablierten“ Fraktionen von der Linken bis zur CSU mit Forderungen, die in Sachen Inhumanität der AfD Konkurrenz machen. Hierbei lässt sich beunruhigenderweise auch zunehmend nationalistische Mobilisierung von vermeintlich linker Seite wahrnehmen, die mit dem völkischen Populismus der Rechtsaußenparteien mitzuhalten versucht, in panischer Angst, es könnten sonst Wähler*innen abtrünnig werden. Anstatt auf Haltung wird auf faule Kompromisse mit Nazis, auf Anbiederung und pseudo-demokratische Gespräche gesetzt. Wenig verwunderlich ist es angesichts dieser Umstände, wenn Nazis, durch ihren parlamentarischen Arm verstärkt, mit neuem Selbstbewusstsein auftreten und politische Gegner*innen einzuschüchtern versuchen. So wollen am 2. Juni dieses Jahres Faschist*innen den sogenannten "Tag der deutschen Zukunft" abhalten, diesmal in Goslar und somit unmittelbar in unserer Region. Wir wollen auch an dem Tag klar machen, dass unsere Region keinen Platz für rechte Hetze bietet!

Wichtige soziale Fragen fallen bei der zu beobachtenden Offensive von Rechts dann gänzlich unter den Tisch, obwohl es nicht zuletzt die alltäglichen, systematischen Zumutungen des Kapitalismus und seiner Logik aus Leistungszwang und Konkurrenzdruck sind, die das schöne Leben für uns alle bedrohen. Für uns ist hierbei klar: Eine emanzipatorische, linke Bewegung kann es nur ohne jede Form von Nationalismus und mit einer antikapitalistischen Perspektive geben. Gemeinsam stehen wir ein für eine solidarische Gesellschaft!

Ihre Antwort: Repression

In Anbetracht der jüngsten Geschehnisse ist es dann jedoch wenig überraschend, wenn der Staat in autoritärer Manier gegen politische Proteste, die diese Zustände anprangern sein ganzes Arsenal an Repressionsmaßnahmen aufführt, wie beim G20-Gipfel in Hamburg bestens zu sehen war. Während im Mittelmeer weiter unzählige Geflüchtete ertrinken und ein erheblicher Teil der weltweiten Bevölkerung unter Armut, Hunger und Elend leidet, empört sich der nationalistische Mob lieber über protestierende Linke und relativiert dabei auch noch faschistische Terrororganisationen, indem er sie mit Protestierenden gleichsetzt und vom Begriff „Terrorist*in“ geradezu inflationär Gebrauch macht. Die hinter seiner demokratischen Fassade versteckten Wut- und Bestrafungsgelüste offenbaren die Akteur*innen des Staates spätestens zu dem Zeitpunkt, als freien Journalist*innen die Berichterstattung von Gipfelprotesten verweigert wurde und prügelnde Polizeibeamt*innen auf friedliche Protestierende gehetzt wurden, alles unter der Schirmherrschaft der SPD. Aber auch im Nachgang ist bis heute ein autoritärer Schrei der Vergeltung zu vernehmen, der durch die Reihen aller Parteien, vorneweg der AfD und CDU/CSU, zu vernehmen ist und Protestierende pauschal verunglimpft.

Unsere Alternative

All jenen Entwicklungen entgegenzuwirken und an der Perspektive eines gesellschaftlichen Gegenentwurfes zu arbeiten, wird daher immer wichtiger. Wir sagen: Keinen Platz der autoritären Wende, kein Fußbreit den Faschist*innen und Menschenfeinden! Weg mit Kapitalismus und Nationalstaaten, für eine Welt ohne Grenzen! Wir stehen ein für die kollektive Emanzipation und die Akzeptanz des Anderen. Egal ob in Schulen, Betrieben, der Uni, Fußballstadien, der Eckkneipe oder anderen gesellschaftlichen Räumen: Wir treten ein für ein freies Miteinander und gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Homophobie! Deshalb ist und bleibt unser Ziel die Überwindung von Kapitalismus, Patriarchat und jeglicher Form von Herrschaft, ob personal oder durch Sachzwänge vermittelt. Denn nur in einer solidarisch organisierten Gesellschaft, in der es keinen entmenschlichenden Konkurrenzkampf gibt, ist eine wirklich freie Gesellschaft zu verwirklichen!

Heraus zum 1. Mai!

10.30Uhr Kundgebung Burgplatz

12.00Uhr Demonstration zum Bürgerpark

12.30Uhr Internationales Fest mit Jugendmeile im Bürgerpark

Das Braunschweiger Jugendbündnis zum ersten Mai schließt sich seit 2011 jedes Jahr zusammen, um die unterschiedlichen Kämpfe von sozialen, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Gruppen in Braunschweig zusammenzuführen und darauf aufmerksam zu machen, dass es einer Welt bedarf, in der nicht kapitalistischer Profit, sondern die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Unser Motto lautet daher: Fight the Power – gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!